## Frankfurter Rundschau

## Botschafter soll intervenieren

Bonn wendet sich wegen Ausbürgerung Hakki Keskins an Ankara

Von unserem Korrespondenten Hans Lerchhacher

gangenen Woche habe das Auswärtige Amt den Botschafter in Ankara gebeten, mit der türkischen Regierung die Probleme zu erörtern, die sich aus der Ausbürgerung eines "unbequemen" Studenten und der entsprechenden Drohung gegen einige weitere türkische Studenten ergeben haben. Mit der Betonung, daß dies eine "innertürkische Angelegenheit" sei, und unter Hinweis auf "die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem verbündeten Land" erklärte am Montag ein Bonner Sprecher des Auswärtigen Amtes der FR auf Anfrage, daß der Botschafter der Bundesrepublik in der Türkei versuchen solle, mit der dortigen Regierung eine gemeinsame Lösung zu finden. Erst wenn dieser Versuch fehlgeschlagen sei, werde sich das AA mit anderen Entscheidungsmöglichkeiten befassen.

Im Haus der evangelischen Studentengemeinde in Berlin waren Mitte vergangener Woche zwölf türkische Studenten in den Hungerstreik getreten, um gegen die Ausbürgerung des ehemaligen Vorsitzenden der türkischen Studentenföderation, Hakki Keskin, zu protestieren, um von der Bundesregierung einen "Fremdenpaß" für die politisch verfolgten Studenten zu erhalten, und um einen Protest der Bundesregierung gegen diesen "antidemokratischen und terroristischen Beschluß" zu erreichen. Um die Vermittlung des Bonner Auswärtigen Amtes hatte der Präsident der Freien Universität in Berlin, Kreibich, unter Einschaltung des Berliner Senats gebeten.

rw FRANKFURT A. M. Das Berliner "Aktionskomitee Hungerstreik" der Türkischen Studentenföderation in Deutschland wies am Montag eine Erklärung des türkischen Botschafters in Bonn zurück, die Ausbürgerung Hakki Keskins sei nicht politisch motiviert und beruhe lediglich darauf, daß dieser sich geweigert habe, den Militärdienst abzuleisten. In Wirklichkeit sei ihm und acht anderen türkischen Studenten bereits im Main 1969 die Studiengenehmigung entzogen worden, weil sie "die Ehre und das Ansehen der Staatsangehörigkeit der Türkischen Republik verletzten und sich an Aktionen und Bewegungen beteiligten, die gemäß den Gesetzen des türkischen Staates für das Land als schädlich angenommen werden könnten". Damit seien Aktivitäten unter türkischen Gastarbeitern gemeint gewesen. Die türkischen Studenten in Berlin wollen, so betonten sie gleichzeitig, ihren Hungerstreik fortsetzen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Seite 4 · Frankfurter Rundschau

3. Oktober 1970

## Repressalien an Türken verurteilt

BERLIN, 2. Oktober (epd). Die Repressalien, die von der türkischen Regierung gegen die studentische Opposition angewandt werden, hat die Studentenpfarrerkonferenz der evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik und West-Berlin in einem Brief an den türkischen Staatspräsidenten Sunay und den Ministerpräsidenten Demirel verurteilt. In dem Schreiben protestierte die Konferenz dagegen, daß die türkische Regierung dem in West-Berlin lebenden Türken Hakki Keskin die Staatsbürgerschaft entzogen hat. In einem weiteren Brief wird Bundesinnenminister Genscher von der Studentenpfarrkonferenz gebeten, bedrängten ausländischen Studenten, die Fortsetzung und den Abschluß ihres Studiums zu ermöglichen.

F.R. 10. Oldder 1970, S. 2.

## Türken im Hungerstreik

öl STUTTGART, 9. Oktober. Aus Protest gegen die Unterdrückung studentischer Demonstrationen in ihrem Heimatland haben sechs türkische Studenten am Freitag im Gebäude der studentischen Arbeitsvermittlung in Stuttgart einen zweitägigen Hungerstreik angetreten. In Flugblättern, die aus diesem Anlaß in Stuttgart von der Türkischen Studentenvereinigung verteilt wurden, heißt es, die Türkei drohe ein zweites Griechenland zu werden und sei kein demokratischer Rechtsstaat. Den kritischen Studenten im Ausland würden die Pässe nicht verlängert und sie würden in ihren Studienrechten beeinträchtigt. Die Stuttgarter Aktion erfolgt im Zusammenhang mit ähnlichen Protestveranstaltungen in Berlin und Braunschweig, Köln und München.